

Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung  
Mecklenburg-Vorpommern  
Abteilung Grundsatzangelegenheiten des Schulwesens,  
berufliche Schulen und Lehrkräftegewinnung  
Referat VII 250  
Werderstraße 124  
19055 Schwerin

**Informationsantrag für ein Schulbauvorhaben  
im Rahmen des folgenden Programms:**

Dieser Informationsantrag ersetzt keinen formellen Antrag für ein spezielles Förderprogramm. Er dient zunächst der Erfassung von geplanten Schulbaumaßnahmen, für die ggf. eine Förderung in Anspruch genommen werden soll.

Die untenstehenden Angaben sind wünschenswert soweit diese bereits bekannt sind.

- Städtebauförderung
- Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung (EFRE M-V) – Förderperiode 2021-2027
- Richtlinie für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILERL M-V)
- Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen aus dem „Investitionsprogramm Startchancen“ für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung an Startchancen-Schulen (Startchanceninvestitionsförderrichtlinie – SCInvestFöRL)
- Sonderbedarfzuweisungen
- Zuordnung noch nicht geklärt

**1. Antragsteller:**

Name: .....
Anschrift: .....
Auskunft erteilt: ..... Telefon: .....

**2. Der Antrag ist ebenfalls gestellt worden im:**



<b>d) verbleibender Eigenanteil</b>				
-------------------------------------	--	--	--	--

davon:				
Investitionskredite:				
Sonstige eigene Haushaltsmittel:				
.....				
.....				
<b>Summe von a bis d:</b>				

**6. Anlagen:**

Dem Antrag sind beigefügt (sofern bereits vorhanden, nicht Zutreffendes streichen):

- Zusammenstellung der Projektkosten;
- Kostenschätzung;
- Kostenangebote;
- Nachweise über die bestehenden Eigentumsverhältnisse / Verfügungsberechtigungen;
- Nachweise über Drittförderungen;
- bei Förderung von Schulen sowie für den Schulbetrieb notwendigen Sportstätten eine Stellungnahme des jeweils zuständigen örtlichen Trägers der Schulentwicklungsplanung
- Erklärung des Zuwendungsempfängers nach Nummer 1.1.2 VV-K zu § 44 LHO;
- bei Anträgen mit gefährdeter oder weggefallener dauernder Leistungsfähigkeit die Stellungnahme der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde nach Nummer 1.1.2 VV-K zu § 44 LHO.

....., den .....

(Ort) (Datum) (Unterschriften)

ggf. Dienstsiegel